

verstärkter Klärungsbedarf. Auch deshalb, weil die aktuelle Bundesregierung im Rahmen ihrer Programme zur „Extremismusbekämpfung“ Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus unter derselben Rubrik subsumiert, die Spezifika extrem rechter Inhalte und Gewalttaten derart jedoch nivelliert werden.

Faas, Thorsten, Kai Arzheimer und Sigrid Roßteutscher (Hrsg.). *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. Wiesbaden. VS Verlag 2010. 377 Seiten. 49,95€.

Alexander Glantz

Die Politische Psychologie kann in der angelsächsischen Politikwissenschaft auf eine vergleichsweise lange Tradition zurückblicken. In den vergangenen Jahren haben psychologische Erklärungsansätze auch in der deutschsprachigen Forschung – insbesondere in der Wahl- und Einstellungsforschung – wieder vermehrt Aufmerksamkeit gefunden. Gleichzeitig ist damit auch eine erfreuliche Erweiterung der methodischen Perspektive verbunden. Experimentelle Forschungsdesigns und innovative Ansätze der Datenerhebung (z. B. Real-Time-Response-Messungen) sind inzwischen weit weniger exotisch, als sie es noch vor einigen Jahren waren. Ausdruck dieser Entwicklung ist der vorliegende von *Thorsten Faas, Kai Arzheimer* und *Sigrid Roßteutscher* herausgegebene Sammelband, der sich mit dem Einfluss kognitiver und affektiver Prozesse auf die Einstellungen und Entscheidungen von Wählern befasst. Das Buch basiert auf den Beiträgen der Jahrestagungen, die 2007 und 2008 vom Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) durchgeführt wurden.

Nach einer knappen Einleitung der Herausgeber gibt *Marco R. Steenbergen* in seinem englischsprachigen Eröffnungsbeitrag einen hervorragenden Überblick über die Rolle kognitiver und affektiver Faktoren bei Wahlentscheidungen. Die weiteren Beiträge sind in drei thematische Bereiche gegliedert, die allerdings eher eine grobe Orientierungshilfe liefern, da sich die einzelnen Kapitel nicht unbedingt trennscharf den Themengebieten zuordnen lassen. Der erste Teil befasst sich damit, wie Medien, Meinungsumfragen, Wahlkampagnen und politische Eliten die Informationsaufnahme und -verarbeitung beeinflussen können. *Astrid Jansen, Gary Bente* und *Nicole C. Krämer* untersuchen anhand von Inhaltsanalysen, inwiefern die Berichterstattung von ARD und RTL während der Bundestagswahl 2005 durch geschlechtsspezifische Stereotype geprägt war. Wie sich herausstellt, finden sich bei der Darstellung der Kanzlerkandidaten jedoch nur vereinzelt Unterschiede, die im Sinne einer geschlechterstereotypen Darstellungsweise interpretiert werden können. *David Hopmann* befasst sich mit der umstrittenen Frage, ob Meinungsumfragen die Parteipräferenzen von Wählern beeinflussen. Nach einem gut strukturierten Überblick über den theoretischen und empirischen Forschungsstand kommt er zu dem Schluss, dass die oft geäußerten Befürchtungen, Wähler seien durch Umfragen beliebig zu manipulieren, wissenschaftlich gesehen kaum begründet werden können. In methodischer Hinsicht sehr innovativ ist der Beitrag von *Stephanie Geise* und *Frank Brettschneider*. Um die Wahrnehmung und unmittelbare Bewertung von Wahlplakaten zu untersuchen, verwenden sie sogenannte Eye-Tracking-Verfahren, die es ermöglichen, den Blickverlauf von Rezipienten exakt aufzuzeichnen. Die Ergebnisse belegen die überragende kognitive

Wirkung von Bildern in der Wahlwerbung, was nicht nur für Praktiker auf diesem Gebiet interessant sein dürfte. *Jan Kercher* widmet sich in seinem Beitrag der Verständlichkeit von Spitzenpolitikern und liefert Belege dafür, dass sich das Verständnis von Politikerreden mit Hilfe quantitativer Indikatoren valide erfassen lässt.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit der Frage, wie Wähler mit der Flut politisch relevanter Informationen umgehen. Im Vordergrund stehen hierbei einerseits personenbezogene Variablen, wie die politische Involviertheit, und andererseits vereinfachende Verarbeitungsmechanismen, die sich unter dem Stichwort *information shortcuts* oder Heuristiken einer andauernden Beliebtheit in der Wahlforschung erfreuen. *Thorsten Faas* und *Harald Schoen* demonstrieren am Beispiel von Mehrwertsteuer und Staatsverschuldung, dass sich politisch Interessierte durch die Art und Weise, wie politische Themen dargestellt werden (*framing*), weniger beeinflussen lassen als politisch Desinteressierte. Auf der Basis eines experimentellen Designs geht *Sascha Huber* der Frage nach, ob Wähler tatsächlich auf das Links-Rechts-Schema zurückgreifen, um die Positionen von Parteien zu spezifischen Sachfragen abzuschätzen, während *Tatjana Rudi* anhand von Umfragedaten untersucht, in welchem Ausmaß die ideologische Links-Rechts-Dimension in Mittel- und Osteuropa verwendet wird, um individuelle Einstellungssysteme zu strukturieren. *Sascha Huber* wie *Tatjana Rudi* belegen mit ihren Analysen, dass politische Ideologien von Bürgern in unterschiedlichen Kontexten als einfache Urteilsheuristiken angewendet werden. *Florian Bader* und *Joachim Behnke* zeigen, dass sich eine geringe Übereinstimmung zwischen den wahrgenommenen Werten von Politikern und den Werten der Wähler negativ auf die Unterstützung des politischen Systems auswirkt. In dem Beitrag von *Bettina Wagner* wird deutlich, dass die demokratische und ökonomische Leistungsfähigkeit der Nationalstaaten für die Bürger Mittel- und Osteuropas eine wichtige Hilfestellung ist, um abstrakte Institutionen wie die Europäische Union zu bewerten. Im Gegensatz zu *Thorsten Faas* und *Harald Schoen* finden *Carsten Reinemann* und *Marcus Maurer* am Beispiel des TV-Duells im Bundestagswahlkampf 2005 keine Belege dafür, dass sich die Informationsverarbeitung politisch stärker und schwächer Involvierter signifikant unterscheidet.

Im dritten und letzten Teil des Bandes werden schließlich die Auswirkungen der Informationsverarbeitung auf politische Einstellungen und das (Wahl-) Verhalten behandelt. *Thorsten Faas* und *Jochen Mayerl* beschäftigen sich mit der Bedeutung der Einstellungsstärke für die individuelle Wahlentscheidung. Dabei stützen sie sich auf die Messung von Antwortgeschwindigkeiten bei Fragen zur Parteineigung und Wahlabsicht, die im Rahmen der Bundestagswahl 2005 durchgeführt wurden. *Thorsten Faas* und *Jochen Mayerl* legen überzeugend dar, dass die Berücksichtigung der kognitiven Verfügbarkeit von Einstellungen zum einen die Erklärungskraft klassischer Modelle des Wählerverhaltens substantiell erhöht, und zum anderen, dass Antwortreaktionszeiten auch in Umfragen mit vertretbarem Aufwand erfasst werden können. Dem Anspruch des Bandes, die Auswirkungen emotionaler Faktoren zu berücksichtigen, kommt der Beitrag von *Christian Scheiner*, *Werner Wirth* und *Jörg Matthes* am nächsten. Sie zeigen am Beispiel der Schweizer Asylgesetzgebung, dass politische Einstellungen nicht nur durch inhaltliche Argumente und politische Ideologien, sondern auch durch positive und negative Emotionen gegenüber Einstellungsobjekten bestimmt werden. Daran anschließend weist *Marc Debus* nach, dass affektive Sympathien gegenüber Parteien und Kandidaten eigenständige Effekte auf

die Wahlentscheidung haben. *Evelyn Bytzek* beleuchtet den Erfolg der FDP bei der Bundestagswahl 2005 und kommt zu dem Ergebnis, dass dieser nicht durch die strategische Vergabe von Leihstimmen erklärt werden kann, sondern durch gezielte Koalitionspräferenzen. *Paul W. Thurner* beschäftigt sich am Beispiel Kernenergie mit der Frage, was passiert, wenn Wähler politische Sachpräferenzen haben, die im Widerspruch zur Position der Partei stehen, mit der sie sich identifizieren. Er findet Hinweise darauf, dass Wähler mit inkonsistenten Einstellungssystemen ihre Positionen auf die präferierte Partei projizieren und es unter bestimmten Bedingungen sogar zu einem Wechsel der Parteipräferenz kommen kann. Den Abschluss bildet der Beitrag von *David Johann* und *Bettina Westle*, die das Wissen der Europäer über die Europäische Union untersuchen. Demnach ist das Wissen über die EU im Durchschnitt recht niedrig ausgeprägt. Hinzu kommt, dass individuelle Unterschiede im Wissensniveau nur unzureichend erklärt werden können.

Insgesamt ist es den Herausgebern gelungen, eine wichtige Lücke in der empirischen Wahlforschung zu schließen, denn trotz der Bedeutung kognitiver und emotionaler Faktoren für die Wahlentscheidung gab es bisher keine vergleichbare Darstellung über die aktuelle Forschung im deutschsprachigen Raum. Besonders bemerkenswert ist auch die innovative methodische Herangehensweise vieler Beiträge, die sich besonders im verstärkten Einsatz experimenteller Designs niederschlägt. Allerdings ist das Spektrum der behandelten Themen sehr breit, wodurch es dem Leser nicht immer leicht fällt, die in den einzelnen Beiträgen dargestellten empirischen Befunde in einen Gesamtzusammenhang zu sehen. Zwar versucht *Marco Steenbergen* in seinem Einführungskapitel, die einzelnen Beiträge in ein übergreifendes Forschungsprogramm zu integrieren, aber letztendlich werden die Kapitel eher locker durch die im Titel genannten Schlagworte zusammengehalten. Das tut der Qualität der Einzelbeiträge jedoch keinen Abbruch. Leider kommt aber auch das im Titel angesprochene Thema „Emotion“ deutlich zu kurz. Explizit werden affektive Prozesse nur in den Beiträgen von *Marco Steenbergen*, *David Hopmann*, *Christian Schemer* und seinen Kollegen sowie von *Marc Debus* berücksichtigt, die daher für Leser, die sich speziell mit dieser Thematik befassen möchten, am interessantesten sein dürften. In der Gesamtschau handelt es sich aber dennoch um einen gelungenen Sammelband, dessen Beiträge neue theoretische und methodische Perspektiven für die Wahl- und Einstellungsforschung aufzeigen.

Shaffer, Brenda. *Energy Politics*. Philadelphia. University of Pennsylvania Press 2009. 189 Seiten. 25,99€.

Lutz Mez

Wenn Politikwissenschaftler das Puzzle der Energiepolitik aufs Korn nehmen, fallen einige Besonderheiten auf, die anders sind als in anderen Politikfeldern. Anders als beispielsweise die Umweltpolitik, die erst in den 60er und 70er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden ist, erweist sich Energiepolitik als eine „alte“ Politik, die seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts untrennbar mit der Entwicklung von Industriestaaten verbunden ist.

Energie und Politik sind „intrinsically interlinked“ (1) lautet dementsprechend die Ausgangsthese dieses Textbuches zur Energiepolitik, das von *Brenda Shaffer* als Einführung